

Meinungen zu Energierichtlinien der EU

Datenbasis:	1.004 Befragte
Erhebungszeitraum:	29. September bis 1. Oktober 2014
statistische Fehlertoleranz:	+/- 3 Prozentpunkte
Auftraggeber:	Deutsches Atomforum e. V.

Nach einer neuen EU-Richtlinie zur nuklearen Entsorgung werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtet, der EU ein Konzept vorzulegen, wie und wann die radioaktiven Abfälle im jeweiligen Staat entsorgt werden sollen.

Die große Mehrheit (81 %) der Bundesbürger hält es für eine gute Idee, dass die EU von den Mitgliedsstaaten ein konkretes Entsorgungskonzept verlangt.

Lediglich 14 Prozent halten dies für eine überflüssige und bürokratische Vorgabe.

Noch häufiger als der Durchschnitt aller Befragten begrüßen Beamte, Befragte mit formal höherer Bildung sowie die Anhänger von SPD und Grünen, dass die EU von jedem Mitgliedsstaat ein Entsorgungskonzept für radioaktive Abfälle verlangt.

Arbeiter und Befragte mit formal geringerer Bildung halten die Richtlinie häufiger für eine überflüssige und bürokratische Vorgabe als die Bundesbürger insgesamt.

▪ Meinungen zur verpflichtenden Vorlage eines Entsorgungskonzepts *

Es halten für eine gute Idee, dass die EU von jedem Mitgliedsstaat ein Konzept zur Entsorgung radioaktiver Abfälle verlangt

	ja %	nein, das ist eine überflüssige und bürokratische Vorgabe % *)
insgesamt	81	14
Ost	80	11
West	81	14
18- bis 29-Jährige	84	10
30- bis 44-Jährige	84	13
45- bis 59-Jährige	84	11
60 Jahre und älter	74	18
Arbeiter	67	31
Angestellte	82	12
Beamte	95	5
Selbständige	81	17
Hauptschule	67	24
mittlerer Abschluss	79	15
Abitur, Studium	87	9
Anhänger der: CDU/CSU	81	15
SPD	88	9
Linke	85	12
Grünen	91	6
AfD	77	17

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

-
- Frage: „Nach einer neuen EU-Richtlinie zur nuklearen Entsorgung werden die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, der Europäischen Kommission ein Konzept vorzulegen, wie und wann die radioaktiven Abfälle im jeweiligen Staat entsorgt werden sollen. Halten Sie es für eine gute Idee, dass die EU von jedem EU-Staat ein solches Entsorgungskonzept verlangt oder ist das eine überflüssige und bürokratische Vorgabe?“

Darüber hinaus werden die Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, durch die EU verpflichtet, dabei künftig einheitliche anspruchsvolle Sicherheitsziele einzuhalten.

50 Prozent der Bürger glauben, dass die deutschen Kernkraftwerke diese Sicherheitsziele bereits heute erfüllen. Weitere 10 Prozent sind der Ansicht, dass sie sogar über diese Sicherheitsziele hinausgehen. Dass die deutschen Kernkraftwerke diese Sicherheitsziele nicht erfüllen, glaubt dagegen nur eine Minderheit von 30 Prozent der Befragten.

Anhänger der Grünen und der Linkspartei glauben überdurchschnittlich häufig, dass die deutschen Kernkraftwerke diese Sicherheitsziele nicht erfüllen. Allerdings überwiegt auch bei diesen beiden Wählergruppen der Anteil derer, die meinen, dass die deutschen Kernkraftwerke die Sicherheitsziele erfüllen oder sogar darüber hinaus gehen.

- Meinungen zur Erfüllung von Sicherheitszielen durch deutsche Kernkraftwerke •

Die deutschen Kernkraftwerke

	erfüllen diese Sicherheitsziele bereits heute	gehen über diese Sicherheitsziele hinaus	erfüllen diese *) Sicherheitsziele nicht
	%	%	%
insgesamt	50	10	30
Ost	46	7	30
West	50	11	30
18- bis 29-Jährige	39	22	32
30- bis 44-Jährige	59	6	27
45- bis 59-Jährige	47	10	34
60 Jahre und älter	51	8	29
Arbeiter	60	5	30
Angestellte	46	11	35
Beamte	65	11	21
Selbständige	58	7	25
Anhänger der: CDU/CSU	57	11	23
SPD	50	11	31
Linke	45	3	44
Grünen	38	13	46
AfD	50	13	31

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

-
- Frage: „Darüber hinaus werden die Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, verpflichtet, dafür zu sorgen, dass künftig einheitliche anspruchsvolle Sicherheitsziele eingehalten werden. Was glauben Sie: Erfüllen die deutschen Kernkraftwerke diese Sicherheitsziele bereits heute, gehen deutsche Kernkraftwerke über diese Sicherheitsziele hinaus oder erfüllen die deutschen Kernkraftwerke diese Sicherheitsziele nicht?“

Die EU-Mitgliedstaaten werden ferner durch die EU verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Stromversorgung im eigenen Land sicher funktioniert.

50 Prozent der Bundesbürger halten diese Verpflichtung für ausreichend.

42 Prozent meinen hingegen, dass die EU ihren Mitgliedsstaaten konkrete Vorgaben machen sollte, wie eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten ist.

- Meinungen zur Verpflichtung für eine sichere Stromversorgung *

Die Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten, selbst für eine sichere Stromversorgung zu sorgen, ist ausreichend

	ja %	nein, die EU sollte konkrete Vorgaben machen, wie eine sichere Versorgung zu gewährleisten ist % *)
insgesamt	50	42
Ost	50	39
West	50	42
18- bis 29-Jährige	49	44
30- bis 44-Jährige	56	36
45- bis 59-Jährige	53	40
60 Jahre und älter	46	46
Arbeiter	55	42
Angestellte	52	42
Beamte	67	28
Selbständige	64	25
Anhänger der: CDU/CSU	56	38
SPD	46	48
Linke	54	41
Grünen	53	43
AfD	48	46

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

2. Oktober 2014
q4604/30630 Sh

- Frage: „Die EU-Mitgliedstaaten sind auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Stromversorgung im jeweiligen Land sicher funktioniert, da ein Problem bei der Stromversorgung in einem Land auch die Nachbarländer direkt betreffen kann. Halten Sie diese Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, selbst für eine sichere Stromversorgung zu sorgen, für ausreichend oder sollte die EU den Mitgliedsstaaten konkrete Vorgaben machen, wie sie eine sichere Stromversorgung gewährleisten?“